

Populismus: Theoretische Fragen und Erscheinungsformen in Mitteleuropa

KARIN PRIESTER

THEORETISCHE VORÜBERLEGUNGEN

Theoretische Debatten über die Definition und Reichweite des Populismusbegriffs haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Dabei stehen vor allem zwei Fragen im Vordergrund: Erstens, ist Populismus ein einheitliches Phänomen mit einem ‚universell‘ gültigen Kern? Gibt es also einen Populismus per se? Zweitens, wenn Populismus nicht nur historisch an den Übergang zur Moderne gebunden ist, sondern, wie der sogenannte Neopopulismus der 1990er Jahre zeigt, ein zyklisch immer wiederkehrendes Phänomen ist, welche Beziehung besteht dann zwischen Populismus und der repräsentativen Demokratie seit ihrem Beginn? Mit der Antwort darauf ist auch die Bewertung von Populismus als Bedrohung und Pathologie oder als ‚nützliches Korrektiv‘, als Herausforderung oder regenerierende Kraft verbunden. Da aber der Populismus, wie auch der Konservatismus, in weit höherem Maße als universalistische Doktrinen ein kontextgebundenes, nur kontextuell diskutierbares Phänomen ist, leiden Definitionen des Populismus als universellem Phänomen an einem zu hohen Abstraktionsgrad. Zu beiden Fragen stelle ich im ersten Teil einige Vorüberlegungen an, bevor ich im zweiten Teil auf zwei bereichsspezifische Fälle eingehe.

Unter demokratietheoretischer Fragestellung wird die Entstehung von Populismus aus der Diskrepanz zwischen der Funktionsweise der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie und einem uneingelösten demokratischen Versprechen, bzw. zwischen „Konstitutionalismus“ und „Volkswillen“ (Mény/Surel) erklärt. Margaret Canovan, die grande dame der Populismusforschung, gilt als prominenteste Vertreterin dieses Zwei-Säulen-Modells, wonach Demokratie auf einer liberal-repräsentativen und einer demokratischen Säule beruhe (vgl. Canovan 1999). Populismus sei, neben anderen sozialen Bewegungen, der Versuch, diese zweite Säule zu stärken. Demokratie konstituiere sich durch zwei Pole, einen pragmatischen und ei-

nen noch ‚einzulösenden‘ (redemptive). Die der modernen Demokratie zugrundeliegende Volkssouveränität sei ein uneingelöstes Versprechen, das die Demokratie wie ein ‚Schatten‘ begleite. Populismus wäre dann das revitalisierende Gegengewicht zu elitärer Abschottung und sorgt für das Gleichgewicht zwischen demokratischen und liberal-repräsentativen Anteilen. Populismus, so Canovan, gedeihe, wenn die Kluft zwischen beiden zu groß werde. Die noch nicht eingelöste Volkssouveränität verbürge das „Versprechen einer besseren Welt durch das Handeln des souveränen Volkes“ (Canovan 1999: 12; vgl. auch Blokker 2005: 379-382). Den Abschottungs- und Kartellisierungsneigungen der etablierten Parteien stellt sie das Ideal einer nicht-elitären Demokratie gegenüber, blendet aber die immer vorhandenen Begleiterscheinungen von Populismus wie Xenophobie, Verschwörungstheorien und Antisemitismus aus.

Gegen Canovans Zwei-Säulen-Modell lässt sich erstens der Einwand des Formalismus erheben: Nicht jeder Ruf nach mehr oder direkter Demokratie ist per se ein nützliches Korrektiv zum Pragmatismus der politischen Eliten (politics-as-usual oder politique politicienne). Abstrahiert man von den Inhalten und Forderungen populistischer Bewegungen, erscheint Populismus in einem zu positiven Licht. „The two-strand analysis gives populism too much credit and overestimates its democratic legitimacy“ (Abts/Rummens 2007: 419; ähnlich kritisch auch Arditì 2004). Zweitens der Einwand der sozialstrukturellen Leerstelle: Canovan vertritt ein emphatisches Verständnis von ‚Volk‘ und ist damit selbst nicht gefeit gegen die populistische Dichotomisierung von Volk und Eliten. Über Populismus zu reden ist aber nur sinnvoll, wenn man den soziologisch amorphen Begriff des ‚Volkes‘ als Ideologem und Populismus als sozialstrukturell identifizierbares Phänomen in den Blick nimmt.

In einem jüngeren Beitrag geht Canovan auf das Problem einer Populismustheorie ein. Die Suche danach sei bisher ausnahmslos fehlgeschlagen, denn entweder seien diese Theorien zu umfassend oder zu begrenzt (vgl. Canovan 2006: 546). Aus Canovans Sicht gehen Forscher von Einzelfallstudien aus und versuchen, sie unter ein theoretisches „Dach“ zu bringen. In der Tat kann man auf rein induktivem Weg nicht zu theoretischen Erkenntnissen gelangen. Wissenschaftstheoretisch ist der Induktionismus überholt. Damit ist aber nicht jeder theoretische Anspruch von vornherein aufgegeben, denn schon die Auswahl bestimmter Fälle setzt ein theoretisches Vorverständnis über die Relevanz von Merkmalskombinationen voraus. Die Begriffsbildung geht der Quantifizierung oder idiographischen Beschreibung immer voraus, nicht umgekehrt. Auch das vermeintlich theorieleoseste Sammeln und Beschreiben von Fakten kommt nicht ohne Begriffe in ihrer Eigenschaft als „fact finding container“ (Sartori) aus, d.h. ohne ihre heuristische Verwendung bei der Auswahl von Einzelfällen. Je höher die Unterscheidungskraft solcher Begriffscontainer ist, desto geringer ist die Gefahr schwammiger catch-all-Begriffe. Mit dem Begriff des Populismus geschieht aber gerade das Gegenteil. Er wurde und wird immer weiter ausgedehnt und

auch auf Erscheinungen wie den ‚Medienpopulismus‘ oder den ‚Populismus‘ der Volksparteien angewandt (zur Kritik vgl. Priester 2007b: 43ff.).

Dennoch ist Canovan in einem Punkt zuzustimmen: Eine allgemeine Theorie des Populismus wird es nie geben, und sie ist auch nicht erstrebenswert.¹ In einem immer noch grundlegenden Aufsatz zur Begriffsbildung in der sozialwissenschaftlichen Komparatistik hat Giovanni Sartori auf das Problem der Begriffsausweitung (conceptual stretching) hingewiesen, die zu vagen, amorphen Begriffsbildungen führe (vgl. Sartori 1970: 1034; Collier/Mahon 1993). Der Begriff des Populismus ist besonders anfällig für dieses „stretching“, das, wie Sartori betont, nicht zu einem generalisierenden Begriff, sondern nur zur Vernebelung und Verschleierung seines Bedeutungsgehalts führt. Es ist daher nicht ratsam, die höchste Stufe von Sartoris „Abstraktionsleiter“ erklimmen zu wollen, erweist sich doch die Hoffnung auf eine allgemeine Theorie, die alle möglichen in Raum und Zeit vorkommenden Fälle subsumiert, als „szientistischer Aberglaube“ (Klaus von Beyme).

Auf der untersten Ebene der Abstraktionsleiter rangieren Einzelfalluntersuchungen als Bausteine einer künftigen Theoriebildung. Forschungen auf dieser Ebene verfahren deskriptiv (idiographisch) nach Art einer „dichten Beschreibung“ (Clifford Geertz). Ihr theoretischer Anspruch ist begrenzt und eher gering. Dagegen werden auf einem mittleren Niveau der Theoriebildung Vergleiche innerhalb einer Region (intra-area comparisons) im Rahmen eines relativ homogenen Kontexts durchgeführt und ‚Theorien mittlerer Reichweite‘ (Robert K. Merton) angestrebt. Hier kommen Taxonomien (Klassifikationen, Typologien oder Cluster) zum Zug, die nach Art eines „Sortiergeräts“ (Bahrdt) die Fülle von Einzelercheinungen gruppieren. Typenbildung erfüllt nicht die Anforderung an eine nomothetisch verfahrenende Wissenschaft, geht aber über bloß idiographische Ansätze hinaus.

Canovans Absage an eine generelle Populismustheorie ist also zuzustimmen. Weniger überzeugend ist dagegen ihre Alternative. Sie vertritt nämlich das Ziel einer „voraussetzungslosen Beschreibung“ (presuppositionless description) und einer deskriptiven Typologie ohne Anspruch auf Erklärung (vgl. Canovan 2006: 544). Aber, wie ausgeführt, sind Beschreibungen nie theoretisch voraussetzungslos. Im Gegensatz zu der szientistisch-überambitionierten Suche nach einer generellen Populismustheorie waltet bei Canovan doch eine allzu große Bescheidenheit. Zwar nennt sie ihr Verfahren „phänomenologisch“, benutzt diesen Begriff aber vortheoretisch als bloßes Synonym für deskriptiv. Ihr Ziel ist die Klassifizierung der Reichweite aller Populismen, auf die in der einschlägigen Literatur Bezug genommen wird (vgl. ebd.: 551).² Mit anderen Worten: Ihre Vorgehensweise ist, entgegen ihrer Annahme, eben nicht voraussetzungslos, sondern setzt unkritisch Zuschreibungen von Phänomenen als ‚populistisch‘ voraus, ohne das Phänomen selbst definiert zu haben. Sie vergleicht ihre Arbeit mit der eines Naturwissenschaftlers, der Käfer sammelt und sie nach Gruppen sor-

tiert. Freilich muss man auch hier zunächst einmal definieren, was ein Käfer ist.

Das Ergebnis von Canovans Überlegungen ist eine Aufstellung von sieben Typen,³ die so impressionistisch zusammengestellt ist, dass letztlich nur ein gemeinsamer Nenner von ‚Populismus‘ übrigbleibt: die populistische Rhetorik (vgl. ebd.: 552; Canovan 1984: 313; zur Kritik vgl. Priester 2007a: 41f.). Der Einwand gegen eine allgemeine Theorie des Populismus trifft also auch auf ihre alternativ vorgeschlagene Typologie zu: Sie ist zu umfassend.

Klassische Definitionen eines Typenbegriffs gehen von über- und untergeordneten Merkmalen aus. Die untergeordneten Merkmale werden der Primärkategorie (z.B. Populismus) additiv hinzugefügt (z.B. Agrarpopulismus). Das Problem liegt hier in der Identifizierung von Substanz und Akzidenz. Weyland versucht, das Problem dadurch zu lösen, dass er sozioökonomische Charakteristika als akzidentell ausklammert und den Kernbereich (core oder central domain) von Populismus allein in der Sphäre des Handelns politischer Akteure ansiedelt. Populismus definiert er als eine politische Strategie zur Gewinnung und Ausübung von Macht (vgl. Weyland 2001: 12), ausgehend von einem direkten, quasi-persönlichen Kontakt eines Führers zum Volk unter Umgehung von Vermittlungen durch eine Partei. Indessen stellt sich hier das Definitionsproblem nach *genus proximum* und *differentia specifica*, d.h. es ist nicht klar, wo der spezifische Unterschied zwischen Populismus und Faschismus oder neuerdings auch zwischen Populismus und Politikern des Establishments (wie bei Blair, Clinton, Schröder) liegt, die sich ebenfalls strategisch unter Umgehung des Parteiapparates direkt über die Medien an das Wahlvolk wenden.

Dagegen kann man ‚Populismus‘ auch als radiale Kategorie verstehen, als Ausweitung eines Prototyps. Hier wird nicht nach Substanz (oder core) und Akzidenz unterschieden, sondern nach einem zentralen oder ‚genuinen‘ (Priester) Fall und seiner strahlenförmigen Erweiterung um weniger typische Fälle, denen einige Merkmalsbestimmungen des Prototyps fehlen können (vgl. Collier/Mahon 1993). Im Gegensatz zu Weyland halte ich dieses Vorgehen für ertragreicher. Populismus rein prozedural auf eine bloße Strategie zu reduzieren, heißt, den Preis eines zu hohen Abstraktionsgrades zu zahlen. Freilich stellt sich bei radialen Kategorien ein anderes Problem, nämlich die Identifizierung eines prototypischen Falles.

Hier wäre die in der Faschismusforschung übliche Unterscheidung zwischen Bewegung und Regime heranzuziehen und der Begriff ‚Populismus‘ nur für eine (Protest-)Bewegung zu reservieren. Für populistisch genannte Regime, die ohnehin nur außerhalb Europas an der Macht waren oder sind, eignet sich eher Max Webers Begriff der ‚plebiszitären Führerdemokratie‘ als Unterform charismatischer Herrschaft. Mit der Einschränkung von Populismus auf eine Bewegung wird man auch am ehesten seinem transitorischen Charakter gerecht. Ist nämlich Populismus an der Macht erfolgreich, so „transzendiert er sich“ und „geht in einen anderen Herrschaftstyp über“ (Weyland 2001: 14; vgl. auch Puhle 1986: 23). Er entfaltet dann die von

Weber idealtypisch herausgearbeiteten Merkmale der ‚charismatischen Herrschaft‘ oder eines ‚führerzentrierten Massenklientelismus‘ (vgl. Priester 2007a: 101-121).

Alle Typenbegriffe, auch Idealtypen, zeichnen sich durch einen mittleren Abstraktionsgrad aus. Sie sind nicht so allgemein, dass sie auf alle Geschichtsperioden und Gesellschaftssysteme anwendbar sind, aber doch allgemein genug, um den Vergleich verschiedener historischer oder gegenwärtiger Phänomene zu ermöglichen (vgl. Bahrdt 1997: 23). Typen bestehen aus der Kombination einer Vielzahl von Merkmalen und dienen in ihrer ordnenden und strukturierenden Funktion heuristisch als Zwischenschritt auf dem Weg zur Theoriebildung.

Zusammenfassend: Populismusforschung kann ertragreich auf der Ebene von Einzelfallanalysen arbeiten, wobei auch hier schon theoretische Prämissen einfließen, denn theoretisch „voraussetzungslose“ Beschreibungen gibt es nicht. Auf einer nächst höheren Abstraktionsstufe (Theorien mittlerer Reichweite) kann sie komparativ unter Zuhilfenahme von Taxonomien arbeiten, wobei sich Typenbildungen am besten eignen, da sie nur Ähnlichkeiten der Objektbereiche in den Blick nehmen.⁴ Dabei sind Idealtypen oder „constructed types“ wegen ihres Erklärungspotentials von Sinnzusammenhängen besser geeignet als Realtypen, die auf Erklärungen verzichten. Bei Vergleichen gilt es, eine „meaningless togetherness based on pseudo-equivalences“ (Sartori 1970: 1053) zu vermeiden und nicht Steine mit Kaninchen zu vergleichen. Äquivalenz ist die Voraussetzung für Vergleichbarkeit, d.h., nur gleichartige oder gleichwertige Phänomene können miteinander verglichen werden. Letztlich gilt aber, dass es keine richtigen oder falschen Typologien gibt, sondern nur mehr oder weniger brauchbare. Da dies aber in Relation zur Fragestellung und zu den konkreten Forschungsabsichten steht, ist es weder sinnvoll noch nützlich, Typen nach Art von Canovans „Aufräumarbeit“ (tidying-up operation) zu konstruieren.

POPULISMUS UND IDENTITÄTSPOLITIK

Populismus ist nie nur Interessen- oder Klientelpolitik, sondern wirft immer die Frage nach der Identität einer Großgruppe (eines Volkes oder einer Ethnie) auf. Ein in der Regel mittleres Segment der Gesellschaft konstituiert sich als ‚Volk‘ und beansprucht, für das Ganze der Gesellschaft zu sprechen. Das Gemeinwohl wird als a priori feststehende Größe gedacht, das die Eliten aus den Augen verloren und aus Inkompetenz, egoistischem Eigeninteresse oder zugunsten von ‚Fremden‘ (Migranten, ausländischen Investoren oder der jüdisch-kosmopolitischen Intelligenz) verraten hätten. Der populistische Diskurs verfährt nicht dialogisch, sondern affirmativ. Es geht ihm um die Affirmation eines immer schon vorhandenen kollektiven Selbst, das keiner Begründungspflicht unterliegt und auf die Evidenz von Tradition und Alltagserfahrung eines ethnisch-kulturellen Amalgams setzt. Ökonomische

Zielvorstellungen berühren daher nicht den Kern des Populismus, sondern nur seine Schale und sind letztlich sekundär.

Populismus polarisiert immer zwischen Volk und Eliten. Seit den 1990er Jahren folgt diese Polarisierung der ‚cleavage‘: privater Sektor gegen öffentlichen Sektor als Hort der ‚new class‘, wobei letzterer auf drei Ebenen mit unterschiedlicher Gewichtung angegriffen wird: auf kulturellem Gebiet als multikulturelle Absage an die nationale oder ethnische Identität; auf sozialem Gebiet als ‚ungerechte‘, nur einer bestimmten Klientel dienende sozialstaatliche Umverteilungspolitik (grundlegend hierzu Laycock 2005: 130ff.; vgl. auch Priester 2007a: 60-69); auf politischem Gebiet als abgeschottete Kartellpolitik der ‚Großen‘; auf ökonomischem Gebiet als ‚Ausverkauf‘ nationaler Interessen zugunsten multinationaler Konzerne oder Banken, zulasten der ‚Kleinen‘, auf dem Binnenmarkt tätigen Handwerker, Arbeiter oder Kaufleute.

Auch wenn in der Literatur heute kaum zwischen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, radikaler neuer Rechten oder Neofaschismus unterschieden wird, zeigt allein schon die Verwendung dieser Termini, dass es Unterschiede gibt, wenn sie auch fließend und graduell sind. Populismus ist ein eigenständiges politisches Phänomen, denn es fehlt ihm gerade das, was Rechtsextremismus und Neofaschismus auszeichnet: die Perspektive eines Systemwandels, die intendierte Abschaffung demokratischer Rechte und Institutionen und, wie im Falle des Neofaschismus, die positive Bezugnahme auf den historischen Faschismus.⁵ Populismus ist seiner Natur nach defensiv, deswegen aber nicht harmlos. Mit seinem antiinstitutionellen Affekt leistet er der Delegitimation demokratischer Institutionen und der ideologischen Polarisierung Vorschub, ohne doch in letzter Konsequenz den Umsturz der politischen Ordnung anzustreben.

LATENTE UND MANIFESTE GRÜNDE FÜR DIE ENTSTEHUNG VON POPULISMUS

Die langfristigen, oft lange in der Latenz verborgenen, Gründe für die Entstehung von Populismus hängen mit der Ambivalenz der Moderne und den Übergangsbedingungen von Agrargesellschaften zunächst zu modernen Industriegesellschaften, im 20. Jahrhundert von diesen zu noch moderneren Dienstleistungs- und Konsumgesellschaften zusammen. Unter dieser Perspektive ist Populismus ein Übergangsphänomen von Gesellschaften in raschem sozioökonomischem Wandel; sein Verhältnis zur Moderne ist nicht antimodernistisch, aber ambivalent. So tritt beispielsweise in den Eigenbezeichnungen das Adjektiv ‚populistisch‘ so gut wie nie in Erscheinung. Populistische Parteien berufen sich auf Fortschritt, Freiheit, Selbstverteidigung, auf moralische Werte wie Recht, Gerechtigkeit, Wahrheit oder auf den als Programm fungierenden Namen ihres Anführers (z.B. Schill oder Fortuyn).

Bereits in den 1930er Jahren gab es in Ländern mit einem damals noch großen Agrarsektor kulturelle Erscheinungsformen von Populismus, meist im Zusammenhang mit literarischen Kontroversen. Für Ungarn sind hier die bis heute nachwirkenden Debatten zwischen Populisten (*népi, népies*) und Urbanen zu nennen (vgl. Barlai/Hartleb 2008: 42; Várdy 1989; Palonen 2009: 5). In Italien entfaltete sich innerhalb des Faschismus die Debatte über *strapaese* und *stracittà* und machte deutlich, dass die eigentlich populistischen Tendenzen nur eine von mehreren Strömungen im faschistischen Machtblock waren. Städtische Kultur, Industrialisierung, entfaltete Markt- und Geldwirtschaft, Dynamik und Mobilität standen gegen Bodenständigkeit und die Verteidigung des ‚gesunden‘ Bauerntums als Kern und Urgrund der Gesellschaft. Während die politischen Forderungen des italienischen *strapaese*, bedingt durch das bereits installierte faschistische Regime, begrenzt blieben, zeigte sich in Ungarn das typische Janusgesicht des Populismus: ein egalitärer Antikapitalismus von rechts, der ökonomisch auf Bodenreform drängte, politisch aber antiliberal, nationalistisch und autoritär auftrat. Schon damals ging es aber um mehr als nur ökonomische Verteilungsgerechtigkeit. Im Zentrum stand vielmehr die Frage nach der nationalen Identität und danach, wer als genuiner Träger dieser Identität anzusehen und wer als ‚Fremder‘ auszuschließen sei. Juden als Exponenten des ‚Urbanen‘ standen von jeher im Visier von Populisten, so auch in Ungarn.

Dagegen liegen die kurzfristigen Gründe für das Erstarken populistischer Strömungen in einem Elitenversagen. Populismus entsteht nach Art kommunizierender Röhren: Sinkt die Integrationsfähigkeit der ‚etablierten‘ Volksparteien, verstärkt sich populistischer Protest. Hinzu kommt das durchaus auch geschürte Gefühl des Ausschlusses zweier Bevölkerungsgruppen von politischer Beteiligung: der abwärts mobilen Modernisierungsverlierer und der aufwärts mobilen neuen Aufsteiger. Die mittelosteuropäischen Länder bilden in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Die These, dass in diesen Ländern populistische und rechtsextreme Strömungen das Erbe der autoritären kommunistischen Regime seien, ist nicht haltbar, zeigt sich doch, dass diese Tendenzen während der kommunistischen Phase nur eingefroren waren und nach 1989, gewissermaßen nach einem verordneten Dornröschenschlaf, wieder auf den Plan traten (vgl. Mudde 2000: 40). Mit Blick auf Italien lässt sich auch die Unterscheidung zwischen einem gegen die politischen Eliten gerichteten Rechtspopulismus in Westeuropa und seiner Teilhabe am politischen Establishment in Mittelosteuropa nicht aufrechterhalten (so Skolkay 2000: 5). Auch in der Schweiz ist die inzwischen zur stärksten Partei des Landes angewachsene SVP seit 2008 wieder an der Regierung beteiligt; die Dänische Volkspartei und die norwegische Fortschrittspartei fungierten bereits als Stützparteien für konservative Mehrheiten.

POLEN – POPULISMUS ZWISCHEN BAUERNWIDERSTAND UND ARBEITERPROTEST

Populistisch par excellence ist in Polen der von dem Bauernführer Andrzej Lepper vertretene Agrarpopulismus,⁶ der ursächlich viele gemeinsame Züge mit dem US-amerikanischen Ende des 19. Jahrhunderts hat:⁷ Überschuldungskrise, Anwachsen ausländischer Konkurrenz bei geringer eigener Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Protest durch Selbsthilfe und direkte Aktion. Im Zuge der Privatisierung nach 1989 gerieten zahlreiche Bauern in eine Verschuldungskrise und waren von Zwangsvollstreckung bedroht. Zudem brachen die Märkte der ehemaligen GUS-Länder (Russland, Ukraine, Weißrussland) weg und die Konkurrenz von EU-Billigprodukten nahm zu. Lepper, eine „Mischung aus Robin Hood und Mussolini“ (Ost 1999: 97) und selbst Landwirt, gründete 1991 die Organisation „Selbstverteidigung“ (Samoobrona). Bei der Präsidentschaftswahl von 2005 wurde sie mit 11,4 Prozent der Stimmen zur drittstärksten politische Kraft des Landes. Von 2006 bis 2007 war Lepper, mit kurzer Unterbrechung, an der Seite des kleineren Partners Roman Giertych von der Liga der polnischen Familie (LPR) Mitglied in der Dreiparteienkoalition unter Jarosław Kaczyński von der national-konservativen Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS). Es zeigte sich hier eine Konstellation wie in Italien in den ersten beiden Berlusconi-Regierungen: Die genuinen Populisten Lepper bzw. Bossi von der Lega Nord treten als Juniorpartner einer größeren national-konservativen oder national-liberalen Partei in ein Regierungsbündnis ein. Ihnen zur Seite steht eine dritte Kraft – in Polen Giertychs LPR, in Italien Finis Alleanza Nazionale – die den autoritären Part übernimmt, sei es hinsichtlich der Staatskonzeption oder der Verteidigung autoritärer Familienwerte.

Aber auch in der von der Gewerkschaft Solidarność organisierten Arbeiterschaft entwickelten sich populistische Tendenzen. Dabei handelte es sich nicht um eine sozialstrukturell andere, sondern um eine ähnliche Klientel wie bei Leppers Agrarpopulismus. Lepper mobilisierte nämlich nicht die klassisch populistische Klientel selbständiger, traditionsverbundener Kleinbauern, sondern hatte vor allem im Nordwesten und Nordosten des Landes die größten Erfolge. Hier waren nach 1945 riesige Agrarkollektive oder Staatsfarmen errichtet worden, die nach 1989 geschlossen wurden oder fallierten und viele Landarbeiter arbeitslos machten (vgl. Krok-Paszkowska 2003: 123). In beiden Fällen handelt es sich also um Leidtragende der Deindustrialisierung, von der auch der industriell betriebene Teil des polnischen Agrarsektors betroffen war. Leppers Samoobrona ist daher keine Renaissance des älteren Agrarpopulismus, sondern mobilisiert eine neue, bereits durchkapitalisierte Schicht von Landarbeitern einerseits und neuen Agrarunternehmern andererseits.

Was die rechtspopulistischen Tendenzen in der Solidarność angeht, so schlug schon in den 80er Jahren der Gewerkschaftsführer Marian Jurczyk zunehmend nationalistische Töne an mit dem Tenor: Die Niederlage des

Kommunismus habe Polen für ‚Fremde‘, vor allem Deutsche und Amerikaner, geöffnet. Ab 1995 verstärkte sich dieser Rechtstrend unter dem neuen Gewerkschaftsführer Zygmunt Wrzodak. Er polarisierte weniger zwischen rechts und links, liberal und sozialdemokratisch, sondern, gut populistisch, zwischen groß und klein. Wo die Eliten für ökonomische Großaggregate und Kapitalkonzentration eintreten, fordert die Gewerkschaftsrechte die Stärkung von Kleinbesitz. Dazu David Ost: „The Solidarity right is a populist, Proudhonian right, seeking a country of small property-owners rather than a country dominated by big business of any kind“ (Ost 1999: 105). Diese auf Proudhon zurückgehenden Ideen sind aber nicht notwendigerweise rechts. Sie werden es erst dadurch, dass die politischen Eliten oder Investoren als ‚ausländische‘ und ‚fremde‘ Mächte wahrgenommen werden, die gegen die Interessen der polnischen Nation handelten.⁸ Ost fragt, wie es zu dieser „irrationalen“ Wende kommen konnte. Nach 1989 verloren Arbeiter in allen ehemals kommunistischen Ländern ihre Rolle als ‚führende Klasse‘ und machten mit den neuen liberalen Eliten zwiespältige Erfahrungen. Einerseits begrüßten sie politisch-liberale Ziele wie die Zulassung freier Gewerkschaften, wurden dann aber unvermittelt dem ökonomischen Liberalismus und dem freien Markt ausgesetzt mit der Folge, dass die Arbeitslosenrate noch 2001 bei 18,24 Prozent lag, auch wenn sie inzwischen fast auf EU-Durchschnitt gesunken ist. In dieser Zwickmühle sei der populistische Diskurs der Solidarność auch eine Selbstverteidigung der Arbeiter (vgl. Ost 1999: 106).

UNGARN – NATIONALE FRAGE UND ÜBERFREMDENGSANGST

Dagegen ist die Situation in Ungarn nicht nur ökonomisch prekär, sondern in hohem Maße auch von der ‚nationalen‘ Frage überschattet. 1990 kam es hier zu einer ähnlichen Konstellation wie in Polen unter Kaczyński oder unter den ersten beiden Berlusconi-Regierungen in Italien, nämlich zu einer Dreier-Koalition unter Jozsef Antall für das rechtsbürgerliche Ungarische Demokratische Forum (MDF) unter Einschluss der populistischen Partei der Kleinlandwirte (FKGP) unter Jozsef Torgyan und, als dritter Kraft, der christdemokratischen Volkspartei (KDNP). Torgyan gilt, wie die meisten Populistenführer, zwar als exzentrisch und schillernd, ist aber schon recht betagt (geboren 1932) und hat nicht die Ausstrahlung eines ungarischen Robin Hood.

Neben dem Agrarpopulisten Torgyan betrat aber auch einer der Gründerväter des Demokratischen Forums, der Populist István Czurka, die politische Bühne und spielte die ‚nationale Frage‘ in den Vordergrund. Nach dem Friedensvertrag von Trianon 1920 hatte Ungarn große Gebietsverluste erlitten. Bei einer Bevölkerung von 10 Millionen leben rund 3,4 Millionen Ungarn, d.h. ein Drittel, im benachbarten Ausland, davon allein 2,2 Millionen

in Rumänien, der Rest verteilt auf die Slowakei, Serbien, Kroatien und die Ukraine. Ethnozentrismus und die nationale Frage sind daher in Ungarn von äußerster Brisanz und viel stärker ausgeprägt als beim westeuropäischen Rechtspopulismus. Hinzu kommt die ‚Zigeunerfrage‘, also das Problem der in Ungarn lebenden rund 400-500.000 Roma, die fünf Prozent der Bevölkerung ausmachen und besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Während des Kommunismus war dieses Problem unter dem Deckel der Diktatur sistiert, aber nicht gelöst worden.

Schon das Demokratische Forum hatte sich Anfang der 1990er Jahre zum Erben der nationalen Tradition Ungarns erklärt und verwischte damit die Grenzen zur populistisch-ruralen Richtung ihres Mitgründers Czurka. Nach seinem Parteiausschluss gründete Czurka 1993 seine eigene Partei, die ungarische Wahrheits-, Gerechtigkeits- und Lebenspartei (MIEP). Mit ihrer antisemitischen, antiziganistischen und großungarischen Propaganda kann sie nicht anders als rechtsextrem bezeichnet werden. Aber rechts von ihr steht die noch extremere, am Vorbild des NS-Regimes orientierte Rechte wie die Neo-Pfeilkreuzler um Albert Szabó, ganz zu schweigen von neonazistischen Kleingruppen.⁹

Während nun der gemäßigte Agrarpopulismus eines Torgyan 1998 als Koalitionspartner der liberalen „Allianz der jungen Demokraten“ akzeptabel war, entwickelte sich die von Czurka vertretene Variante des Populismus zum großungarisch-chauvinistischen Rechtsextremismus, der auch viele bürgerliche Wähler anspricht. Die besten Ergebnisse erzielte die MIEP nicht etwa bei verarmten Bauern, sondern in den bürgerlichen Vierteln von Budapest (vgl. Karsai 1999: 146; Bayer 2002: 274f.; SIREN 2004: 36). Beide ursprünglich populistischen Bewegungen, Torgyans Kleinlandwirtpartei und Czurkas MIEP, spielen aber politisch kaum noch eine Rolle. Die höchsten Wahlerfolge der MIEP lagen zwischen 1995 und 1999 bei 5,5 Prozent. Die Kleinlandwirtpartei ist heute noch bedeutungsloser und liegt bei einem Prozent.

Der Niedergang dieser rechten Kleinparteien brachte indessen keine Stabilisierung der Demokratie, sondern, im Gegenteil, eine Faschisierungswelle. Die ursprünglich eher linksbürgerliche Fidesz hat sich unter Viktor Orban seit 1994 kontinuierlich nach rechts entwickelt. Nach ihrem Wahlsieg von 1998 ging auch sie eine Dreierkoalition mit der Kleinlandwirtpartei und dem inzwischen weit abgeschlagenen Demokratischen Forum (MDF) ein. Wie schon in der Koalition von 1990 unter Jozsef Antall, so zeigten sich auch hier wieder Mehrdeutigkeit, Doppelzüngigkeit, wohlwollende Duldung der extremen Rechten und halbherzige Distanzierung von ihr.

Als Alternative zur erfolglosen MIEP formierte sich 2002 die „Bewegung für ein besseres Ungarn“ (Jobbik) und tritt seit 2004 auch als Partei auf. Wenn man schon die MIEP nicht mehr als populistisch bezeichnen kann, so erst recht nicht die Jobbik. Beides sind rechtsextreme, ultranationalistische Parteien, wobei sich Jobbik-Führer Gábor Vona inzwischen ganz auf die ‚Zigeunerfrage‘ konzentriert – mit überaus großem Erfolg. Bei den

EU-Wahlen 2009 erzielte Jobbik 14,7 Prozent, bei den Parlamentswahlen vom April 2010 sogar 16,7 Prozent und stieg damit zur drittstärksten Partei Ungarns auf (vgl. Barlai/Hartleb 2008: 43-46).¹⁰

Jobbik mobilisiert vor allem die von der Fidesz vernachlässigten städtischen und ländlichen Unterschichten. Stark ist sie nicht nur im Osten Ungarns, dem ‚Armenhaus‘ des Landes, sondern auch in Budapester Arbeitervororten mit hohem Anteil an antikommunistisch eingestellten Arbeitern. Nach Art faschistischer Parteien hat sie sich eine paramilitärische Stoßtruppe zugelegt, die inzwischen verbotene „Ungarische Garde“, die gleichwohl unter dem Namen „Neue Ungarische Garde“ weiter in der Öffentlichkeit auftritt und inzwischen 3.000 Mitglieder haben soll (vgl. Marsovszky 2009: 41).¹¹ Jobbik versucht aber auch, über die Zusammenarbeit mit einer Polizeigewerkschaft in den Staatsapparat einzudringen und hält enge Kontakte zur deutschen NPD. In einem Interview mit dem NPD-Politiker Benedikt Frings benannte Jobbik-Führer Vona 2008 die zentralen Themen seiner Partei: Das Problem der Auslandsungarn; die ‚Zigeunerfrage‘; die ablehnende Haltung gegenüber der EU und nicht zuletzt das für den NPD-Mann eher irritierende Bekenntnis zum Christentum als identitätsstiftendem Faktor. Auch populistische Topoi fehlen nicht, etwa, wenn Vona von der „Politiker-kaste“ spricht, die das Land ausländischen Kräften ausgeliefert habe, „die jetzt Ungarn bedrohen“ (Interview Frings-Vona 2008).

Am 29. Juni 2009 zitierte die „Budapester Zeitung“ die Vorsitzende des Demokratischen Forums (MDF), Ibolya David: „Heute kann nur die Rechte Ungarn vor der radikalen Rechten retten.“ Dieses Szenario liefe darauf hinaus, dass Orbans Fidesz zunehmend populistischer auftreten muss – was sie bereits tut – um als Sturmbock gegen den Rechtsextremismus von Jobbik zu fungieren. Dagegen hält Orban an seinem rechten Schlingerkurs fest und schürt die Polarisierung im Lande. Offiziell lehnt er die Zusammenarbeit mit Jobbik ab, aber auf kommunaler Ebene arbeiten Fidesz und Jobbik schon seit Jahren zusammen, eint sie doch der Traum von Großungarn in den Grenzen von 1915. Die Fidesz sei, so ihr Vorsitzender Orban, „die Partei der grenzüberschreitenden Wiedervereinigung der Ungarn des Karpatenbeckens“ (vgl. ORF-Nachrichten vom 14.06.2009). Gefordert wird eine „geistige Wiedergeburt“ des Landes als „kulturell-moralische Gemeinschaft“ (vgl. Bozóki 2005: 20). Die Grenze zwischen Populisten und extremen Rechten war in Ungarn schon vor dem Zweiten Weltkrieg fließend und ist es bis heute geblieben. Während Populismus sich allgemein durch Intellektuellenfeindlichkeit auszeichnet, ist in Ungarn eine überdurchschnittlich hohe Beteiligung der akademischen Intelligenz an der kulturellen Rechtswende des Landes zu verzeichnen. Nicht nur die Fidesz ging 1988 aus studentischen Kreisen hervor, sondern auch die Jobbik vierzehn Jahre später.

ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Wähleranalysen zeigen, dass zwei Gruppen in besonderer Weise von Populismus affiziert sind, die zunächst wenig gemein haben: abwärtsbedrohte und aufsteigende Schichten. Bei den unteren gesellschaftlichen Segmenten (Arbeiter, Rentner, städtische Unterschichten) spielt aber der reale Abstieg eine geringere Rolle als die Angst vor drohendem Statusverlust.¹² Dennoch ist Populismus nicht nur in unteren Schichten und bei Modernisierungsverlierern verbreitet (vgl. SIREN 2004: 22). Ähnlich stellt sich die Situation im Segment der kleinen und mittleren, auf dem Binnenmarkt tätigen Selbständigen (Handwerker, Kaufleute, Kleinunternehmer) und der Aufsteiger in neuen Sektoren wie Medien, Werbung, Finanzberatung oder Immobilienhandel dar (vgl. Priester 2007a: 193, 2008: 23-26; SIREN 2004: 14). Die ungarische MIEP fand ihre Anhänger in den bürgerlichen Vierteln von Budapest, bei Studenten, Kleinunternehmern und Freiberuflern. Auch der polnische Bauernführer Lepper spricht nicht nur für überschuldete Bauern oder arbeitslose Landarbeiter, sondern schon seit den 90er Jahren auch für Kleinunternehmer, Einzelhändler und andere städtische Bevölkerungskreise in mittlerer Lage (vgl. Bachmann 2006: 222). Auf dieser Grundlage bildet sich das populistische, auch bei der niederländischen LPF oder dem belgischen Vlaams Belang beobachtbare, Bündnis zwischen einer aufwärts mobilen, populistischen Außenseiterelite und abwärts mobilen, von sozialem Abstieg bedrohten unteren Schichten heraus. Die Berufung auf Volkssouveränität und der Ruf nach direkter Demokratie dürfen nicht zu der Annahme verleiten, die populistische Klientel strebe nach aktiver, partizipatorischer Teilhabe und Basisdemokratie. Die Ausnahme des US-amerikanischen Agrarpopulismus bestätigt nur die Regel, dass Populisten nach Führung verlangen, aber einer Führung, die erstens effizienter als die herrschende Elite zu handeln verspricht, die zweitens aus dem Volk selbst hervorgegangen ist und daher, drittens, keiner Mediatisierung durch kulturelle oder Parteieliten bedarf.

Zwischen drohendem Statusverlust der unteren Segmente ihrer Klientel und dem Traum von gesellschaftlichem Aufstieg, den sie selbst verkörpern, vermitteln populistische Führer durch symbolische Kompensationsangebote. Die Erfahrung einer von ‚oben‘ und ‚unten‘ bedrohten Soziallage wird nach außen gekehrt, auf den Zangengriff durch globalisierte Finanzeliten von ‚oben‘ und Immigranten oder ethnische Minderheiten von ‚unten‘. Aber im Unterschied zu aufsteigenden Klassen (etwa dem Bürgertum und dem Proletariat im späten 18. und 19. Jahrhundert) können sich Populisten nicht auf ihre zentrale Rolle im Produktionsprozess berufen und setzen daher als symbolisches Kapital ihre moralische Überlegenheit ein (vgl. Priester 2008: 31f.; Bozóki 2005: 25).

Ist Populismus ein Übergangsphänomen oder eine dauerhafte Erscheinung? Populistische Bewegungen haben in der Regel nur eine geringe ‚Haltbarkeitsdauer‘ (Taggart). Dagegen hat der Populismus als Syndrom

lange Wurzeln, die immer wieder ausschlagen können. Entweder tritt er als Agenda-Setter auf und benennt reale, aber vernachlässigte Probleme, die vom Establishment aufgegriffen werden können, um ihnen den Wind aus den Segeln nehmen. Er kann aber unter anderen, hier am Beispiel von Polen, Ungarn und am Rande auch Italien erörterten Bedingungen Teil eines Machtblocks werden, in dem die Grenzen zwischen nationalkonservativ oder nationalliberal, rechtspopulistisch und rechtsextrem zunehmend verschwimmen. In beiden Fällen zeigt sich aber die „episodische“, „transitorische“, sich selbst begrenzende Natur populistischer Bewegungen (vgl. Priester 2007a: 45, 200; Taggart 2002, 2004; Weyland 2001: 14).

ANMERKUNGEN

- 1 Im Gegensatz zu Canovan unternimmt Paul Taggart (2002: 66ff. und 2004: 273ff.) den Versuch, sechs ‚universelle‘ Züge des Populismus herauszuarbeiten. Mit seinem Konzept des ‚heartland‘ und der Betonung der rückwärtsgewandten Utopie von Populismus kommt er meiner eigenen Verortung von Populismus als (volks-)konservativem Denkstil (Mannheim) sehr nahe. Allerdings stellt sich die Frage, wie ‚universell‘ Taggarts Merkmale sind und ob sie auch für außereuropäische Länder, beispielsweise Lateinamerika, gelten können.
- 2 Dieser kritiklosen Bezugnahme auf das, was andere über den Gegenstand gesagt oder gelehrt haben, hatte Edmund Husserl, der Begründer der Phänomenologie, mit den drei Reduktionen oder Ausschaltungen gerade entgegengewirkt.
- 3 1. Den bäuerlichen Radikalismus (Farmers’ Radicalism), 2. den revolutionären intellektuellen Populismus; 3. den Agrarpopulismus (Peasant Populism), 4. Populistische Diktaturen (z.B. Juan Perón, Huey Long); 5. Populistische Demokratie (z.B. das Schweizer System der direkten Demokratie), 6. Reaktionären Populismus (z.B. George Wallace, Enoch Powell), 7. den Populismus der Politiker (Politicians’ Populism) in Volksparteien oder Catch-all-parties, die die „etablierten politischen Trennlinien verwischen.“ (Vgl. Canovan 2006: 545f.)

Diese Typologie wirft eine Reihe von Fragen und Ungereimtheiten auf:

- a. Typen sollten untereinander eine hohe externe Heterogenität aufweisen, um sie möglichst gut voneinander unterscheiden zu können. Daran mangelt es bei Canovan. So sind z.B. die Typen ‚bäuerlicher Radikalismus‘ und ‚Agrarpopulismus‘ nicht heterogen genug.
- b. Das unter 2. genannte Beispiel ist kein Typus, sondern ein Einzelfall und bezieht sich auf die russischen *narodniki*. Hier fehlt die für einen Typus unerlässliche Vergleichsdimension. Wenn aber andere intellektuelle Bewegungen wie die ungarischen *népi* oder das italienische *strapaese* hinzugezogen werden, so waren sie nicht revolutionär.
- c. Die Unterscheidung zwischen

populistischer Diktatur und reaktionärem Populismus bezeichnet keine unterschiedlichen Typen, sondern ist ein Fall von *conceptual travelling*, d.h. unterschiedlicher Entwicklungsstadien ein und desselben Typus. d. Bei Typ 7 verfehlt Canovan den eigentlichen Zweck von Typenbildung, nämlich Komplexitätsreduktion, indem sie sekundäre, triviale Ähnlichkeiten zugrundelegt und Komplexität dadurch gerade erhöht. Wie Sartori (1970: 1052) betont, ist es nicht sinnvoll zu behaupten, Menschen und Fische seien einander ähnlich, nur weil beide schwimmen können. Ebenso wenig sinnvoll ist es, das Auftreten von Politikern in Volksparteien zu einem Typus von Populismus zusammenzufassen. Das hier zugrundegelegte Kriterium – die Verwischung etablierter politischer Trennlinien – ist, wie Lord Acton schon im 19. Jahrhundert beobachtet und gefordert hat, ein allgemeines Kennzeichen von Politik (vgl. Priester 2007a: 19). Noch weniger sinnvoll ist es, Mitglieder der politischen Elite als eigentliche Gegner von Populisten in das Konzept des Populismus einzubeziehen.

- 4 Für einen so schwammigen Objektbereich wie Populismus eignen sie sich vor allem deshalb, weil sie weniger streng als Klassifikationen sind und Überlappungen, unscharfe Ränder und fließende Übergänge zu anderen Typen ermöglichen.
- 5 Hier wäre es sinnvoll, Extremtypen zu bilden und miteinander zu vergleichen. Alle anderen ‚Fälle‘ werden dann zwischen zwei polaren Typen eingeordnet. Als Extremtypen könnten z.B. die norwegische Fortschrittspartei auf der einen Seite und der französische Front National oder die ungarische MIEP auf der anderen angesiedelt werden. Während im ersten Fall die Grenzen zu einer bürgerlich-konservativen Partei fließend sind, sind es im zweiten Fall die Grenzen zum Rechtsextremismus.
- 6 Auf die Vielzahl rechter Bewegungen, Parteien oder Initiativen wie den Sender ‚Radio Maria‘ kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. dazu Graefe 2001; Bayer 2002: 270ff.
- 7 Unmittelbar nach der Wende, 1991, lag in Polen der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung im primären Sektor noch bei 25 Prozent und ist bis 2007 auf 18 Prozent gesunken. Während in Ungarn der primäre Sektor 1968 noch bei 30,4 Prozent lag, war er bereits 1998 auf 8,1 gesunken und lag 2006 nur noch bei 5,2 Prozent. Dagegen liegt hier der tertiäre Sektor bei 62,7 Prozent, in Polen dagegen erst bei rund 54 Prozent. Zum Vergleich Deutschland (Daten von 2008): 2,2 Prozent im primären (Landwirtschaft), 25,8 im sekundären (Industrie) und 71,9 Prozent im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereich). Vgl. Mau/Verwiebe 2009: 139 u. 144.
- 8 Zum Proudhonismus als theoretischer Matrix des Populismus vgl. Priester 2007a: 48f.
- 9 Neonazis stehen in Ungarn in der Tradition des historischen Faschistenführers Ferenc Szálasi (1897-1946), der nach einem Putsch gegen den

- autoritären Reichsverweser Horthy 1944 ein nationalsozialistisches Marionettenregime errichtete.
- 10 Im September 2006 kam es zur Eskalation des rechten Protests gegen die sozialdemokratische Regierung unter Ferenc Gyurcsany. Eine Demonstration schlug in gewaltsamen Aufruhr um, wobei Gyurcsanys sogenannte Lügenrede eines der auslösenden Momente war. In einer nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Rede hatte dieser bekannt, das Volk belogen zu haben und goss damit Öl ins Feuer des rechtspopulistischen Protests. Rund 30.000 Demonstranten aus dem konservativen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Lager kamen auf dem Budapester Kosuth-Platz zusammen und fühlten sich in ihrer Aversion gegen die herrschende politische Elite bestätigt (vgl. Palonen 2009: 9).
 - 11 Auch hier zeigen sich Parallelen zu Italien und der dortigen Aushöhlung des liberalen Rechtsstaates durch die Bürgerwehren. Ausgehend von der Lega Nord, treten sogenannte ‚Runden‘ (Ronde) als parastaatliche Patrouillen auf, die von Berlusconi Regierung inzwischen anerkannt wurden. Die extreme Rechte (MSI-Destra Nazionale) verfolgt darüber hinaus seit 2000 den Aufbau eines Zivilschutzkommandos (Guardia Nazionale Italiana) mit dem SS-Emblem der schwarzen Sonne. In Triest nennt sich eine Bürgerwehr nach dem Sekretär der historischen faschistischen Partei, Ettore Muti.
 - 12 So liegt die Erwerbslosenquote gerade in jenen Ländern mit den größten rechtspopulistischen Parteien, in der Schweiz, in Dänemark und Norwegen, mit jeweils unter drei Prozent weit unter EU-Durchschnitt und zeigt, dass ökonomische Verunsicherung erst in Verbindung mit kulturellen Identitätsängsten zum Populismus führen kann.

LITERATUR

- Abts, Koen/Stefan Rummens (2007): Populism versus Democracy, in: Political Studies, Jg. 55, H. 2, S. 405-424.
- Arditi, Benjamin (2004): Populism as a Spectre of Democracy: A Response to Canovan, in: Political Studies, Jg. 52, H. 1, S. 135-143.
- Bachmann, Klaus (2006): Populistische Parteien und Bewegungen in Mitteleuropa, in: Frank Decker (Hg.), Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden, S. 216-232.
- Bahrdt, Hans Paul (1997): Schlüsselbegriffe der Soziologie. Eine Einführung mit Lehrbeispielen, München.
- Barlai, Melani/Florian Hartleb (2008): Ungarischer Populismus und Rechtsextremismus. Ein Plädoyer für die Einzelfallforschung, in: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 48, H. 4, S. 34-51.

- Bayer, József (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, H. 3, S. 265-280.
- Blokker, Paul (2005): Populist Nationalism, Anti-Europeanism, Post-nationalism, and the East-West Distinction, in: German Law Journal, Jg. 6, H. 2, S. 371-389.
- Bozóki, András (2005): Consolidation or Second Revolution? The Politics of the New Right in Hungary, in: Slovak Foreign Policy Affairs, H. 1, S. 17-28.
- Canovan, Margaret (1984): „People“, Politicians and Populism, in: Government and Opposition, Jg. 19, H. 3, S. 312-327.
- Canovan, Margaret (1999): Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy, in: Political Studies, Jg. 47, H. 1, S. 2-16.
- Canovan, Margaret (2004): Populism for Political Theorists?, in: Journal of Political Ideologies, Jg. 9, H. 3, S. 241-252.
- Canovan, Margaret (2006): Two Strategies for the Study of Populism, in: Political Studies, Jg. 30, H. 4, S. 544-552.
- Collier, David/James E. Mahon (1993): Conceptual „Stretching“ revisited: Adapting Categories in Comparative Analysis, in: American Political Science Review, Jg. 87, H. 4, S. 845-855.
- Gräfe, Karl-Heinz (2001): Sind Rechtsextremismus, Neofaschismus und Antisemitismus auch in Mittel- und Osteuropa eine „Normalität“?, online unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Thema-Rechtsextremismus/Graefe01.pdf (abgerufen am 19.10.2009).
- Interview mit Benedikt Frings (NPD) und Gábor Vona (Jobbik) vom 28.03.2008, online unter: <http://www.jobbik.com/deutsch.html> (abgerufen am 19.10.2009).
- Karsai, Laszlo (1999): The Radical Right in Hungary, in: Sabrina P. Ramet (Hg.), The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989, Pennsylvania, S. 133-146.
- Krok-Paszowska, Ania (2003): Samoobrona. The Polish self-defense movement, in: Petr Kopecký/Cas Mudde (Hg.), Uncivil society?: contentious politics in post-communist Europe, London, S. 114-133.
- Laycock, David (2005): Visions of Popular Sovereignty: Mapping the Contested Terrain of Contemporary Western Populisms, in: Critical Review of International Social and Political Philosophy, Jg. 8, H. 2, S. 125-144.
- Marsovszky, Magdalena (2009): Arteigene Magyaren, Interview in der Zeitschrift Lotta, Nr. 36 (Herbst 2009), S. 40-42.
- Mau, Steffen/Roland Verwiebe (2009): Die Sozialstruktur Europas, Stuttgart.
- Mudde, Cas (2000): In the Name of the Peasantry, the Proletariat, and the People: Populisms in Eastern Europe, in: East European Politics and Societies, Jg. 14, H. 2, S. 33-53.

- ORF-Nachrichten vom 14.6.2009, online unter: <http://volksgruppen.orf.at/kroatenungarn/aktuell/stories/102840/> (abgerufen am 19.10.2009).
- Ost, David (1999): The Radical Right in Poland: Rationality of the Irrational, in: Sabrina P. Ramet (Hg.), *The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989*, Pennsylvania, S. 85-107.
- Palonen, Emilia (2009): Political Polarisation and Populism in Contemporary Hungary, in: *Parliamentary Affairs* Jg. 62, H. 2, S. 318-334, hier zitiert nach der pdf-Paginierung, S. 1-17 (abgerufen am 10.12.2009).
- Priester, Karin (2007a): *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt am Main.
- Priester, Karin (2007b): Linker Populismus – ein Fremdkörper im deutschen Parteiensystem, in: *Vorgänge*, H. 4, S. 43-52.
- Priester, Karin (2008): Populismus als Protestbewegung, in: Alexander Häusler (Hg.), *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“*. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, S. 19-36.
- Puhle, Hans-Jürgen (1986): Was ist Populismus?, in: Helmut Dubiel (Hg.), *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt am Main, S. 12-32.
- Sartori, Giovanni (1970): Concept Misformation in Comparative Politics, in: *American Political Science Review*, Jg. 64, H. 4, S. 1033-1053.
- SIREN (2004): *EU Research on Social Sciences and Humanities. Socio-Economic change, individual reactions and the appeal of the extreme right*, hrsg. von der European Commission, Final report, unter Leitung von Jörg Flecker, Wien.
- Skolkay, Andrej (2000): *Populism in Central Eastern Europe*, IWM Working Paper, Nr. 1, Wien.
- Taggart, Paul (2002): Populism and the Pathology of Representative Politics, in: Yves Mény/Yves Surel (Hg.), *Democracies and the Populist Challenge*, Houndsmill/Basingstoke, S. 62-80.
- Taggart, Paul (2004): Populism and representative politics in contemporary Europe, in: *Journal of Political Ideologies*, Jg. 9, H. 3, S. 269-288.
- Várdy, Péter (1989): Identitätsmodelle und Zukunftsbilder. Populisten, Urbane und die Judenfrage in Ungarn zwischen den beiden Weltkriegen, in: *Ungarn-Jahrbuch*, Jg. 17, S. 227-240.
- Weyland, Kurt (2001): Clarifying a Contested Concept. Populism in the Study of Latin American Politics, in: *Comparative Politics*, Jg. 34, H. 1, S. 1-22.

